

Landnutzung und Biodiversität werden häufig als Gegensätze betrachtet. Durch produktionsintegrierten Naturschutz lassen sich Ernährungssicherung und Biodiversitätsschutz aber gemeinsam angehen.

Foto: Levke Hannemann



Die Vergangenheit als Zukunftsziel?

Europäische Pläne zur Biodiversität

Lukas Müller

Rund zweieinhalb Jahre ist es her, dass Ursula von der Leyen in ihrer Antrittsrede als EU-Kommissionspräsidentin den europäischen Grünen Deal angekündigt hat. Die niedersächsische CDU-Politikerin rückte damit den Klima- und Umweltschutz ins Zentrum ihrer fünfjährigen Amtszeit. Untermauert hat sie ihr Vorhaben mit ambitionierten Zielen. Bis 2050 wolle sie Europa als ersten Kontinent der Erde klimaneutral machen und mit der künftigen Politik der EU-Kommission nicht weniger als eine ökologische Wende einleiten.

Seitdem ist viel passiert. Das Coronavirus hat nicht nur Europa, sondern die gesamte Weltgemeinschaft in eine tiefe Krise katapultiert. Das europäische Zusammengehörigkeitsgefühl hat, besonders während der ersten Phase der Pandemie, stark gelitten. Im Zuge des Ukrainekriegs ist Europa wieder näher zusammengedrückt,

aktuelle Diskussionen um die Ernährungssicherheit werfen aber Fragen nach Prioritäten in den Politiken rund um die europäische Landwirtschaft auf. Initiativen zu Umwelt- und Biodiversitätsschutz, die in Zeiten von gesicherter Nahrungsversorgung angekündigt wurden, scheinen nicht mehr in das aktuelle Europa zu passen.

Ambitionierte Ziele für Umwelt- und Biodiversitätsschutz

Der Green Deal ist ein Konzept, welches aus mehreren nebeneinander existierenden Strategien besteht, die verschiedene Politikbereiche neu aufstellen wollen. Viele dieser Strategien enthalten ambitionierte Ziele, um Umwelt und Biodiversität zu schützen. Primär sind Maßnahmen für den Umwelt- und Biodiversitätsschutz aber in der sogenannten Biodiversitätsstrategie 2030 verankert. Sie ist der Nachfolger der vorangegangenen Biodiversitätsstrategie 2020. Die Strategie baut auf der EU-Vogelschutzrichtlinie sowie der Habitat-Richtlinie und dem Natura-2000-Netz der Schutzgebiete auf und geht sogar darüber hinaus.

Ehrgeizige Maßnahmen und Verpflichtungen zur Erreichung der Ziele

„Die Natur zurück in unser Leben bringen“ lautet der Untertitel der Biodiversitätsstrategie 2030. Verankert sind darin ehrgeizige Maßnahmen und Verpflichtungen, mit denen die Kommission vorsieht, den Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen und gleichzeitig globale Standards für wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit zu schaffen. Die Biodiversität in Europa soll so bis 2030 auf den Weg der Erholung gebracht werden. Die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gegenüber künftigen Bedrohungen wie den Auswirkungen des Klimawandels, Wetterextremen und deren Folgen, Gefährdung der Ernährungssicherheit sowie Seuchenausbrüche soll gestärkt werden.

EU-Wiederherstellungsziele sollen Zeit zurückdrehen

Das Schlüsselement der Biodiversitätsstrategie 2030 sind die sogenannten EU-Wiederherstellungsziele (Nature Restoration Targets). Mit diesen will die Kommission die Zeit zurückdrehen. Flächen sollen zurück in einen Zustand der 50er/60er-Jahre versetzt bzw. wiederhergestellt werden. Nach Ansicht der Kommission finden sich in der Vergangenheit die richtigen Zielvorgaben für die heutigen Ansprüche an Umwelt- und Biodiversitätszustände. Konkret sollen der Anteil der ökologischen Landwirtschaft sowie biodiversitätsreiche Landschaftselemente auf genutzten Flächen erhöht, 25.000 km Flüsse wieder in einen freifließenden Zustand versetzt und bis 2030 drei Milliarden Bäume gepflanzt werden. Auch die Population der Bestäuber soll erhöht werden. Bis 2050 sollen ferner 70 Prozent der landwirtschaftlich genutzten trockengelegten Moorflächen renaturiert und die Hälfte dieser wiedervernässt sein.



Mit der im Green Deal verankerten Biodiversitätsstrategie will die EU-Kommission den Verlust an biologischer Vielfalt stoppen und gleichzeitig globale Standards für wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit schaffen.

Foto: NakNakNak/pixabay

Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft erfordern andere Maßnahmen

Während die Kommission offensichtlich in alten Erinnerungen an „bessere“ Zeiten schwelgt, ist die harte Realität eine andere. Die Landwirtschaft steht in dauerhafter Flächenkonkurrenz zu Bauvorhaben von Industriegebieten, Wohnanlagen und Infrastrukturprojekten. Der Klimawandel wird die zu bewirtschaftende Fläche in Zukunft noch weiter einschränken und kommende Auflagen durch die neue GAP nehmen weitere Flächen aus der Produktion für Lebensmittel. Mit dem Ukrainekrieg wachsen zusätzlich sowohl die Herausforderungen für als auch Ansprüche an die Landwirtschaft. Durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine wird die Kornkammer Europas empfindlich getroffen. Wichtige Exporte von Getreide in Drittländer sowie Futtermitteln in die EU sind nicht mehr gesichert. Sanktionen führen zu noch höheren Preisen und einer schlechteren Verfügbarkeit von Düngemitteln. Die angestrebten Zielvorgaben aus der Vergangenheit passen nicht zu den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft.

Europa muss seinen Teil zur Versorgung beitragen

Mit der Verschiebung auf „vor Sommer“ der ursprünglich für den 23. März 2022 geplanten offiziellen Vorstellung der Pläne hat die Kommission indirekt die Unvereinbarkeit dieser mit der aktuellen Situation anerkannt. In Zeiten von Krisen und Diskussionen um die Nahrungsversorgung passt eine Kommunikation zur Extensivierung, Reduzierung von Pflanzenschutz- und Düngemiteleinsatz und damit verbundenen Ertragsrückgängen nicht in das Bild von Sicherheit, das die Kommission jetzt zeichnen muss. Die Welt erwartet von Europa nun, seinen Teil zur Versorgung beizutragen.

Herausforderungen angehen – gemeinsam mit den Landwirten

Unabhängig von der aktuellen Krise muss die Kommission sich die Frage stellen lassen, ob eine Reise zurück in die Vergangenheit tatsächlich angemessen ist, um heutige Ansprüche der Gesellschaft zu erreichen. Jede Zeit hat ihre eigenen Herausforderungen und diese erfordern bekanntermaßen entsprechende Lösungen. Die Gegenwart bietet ausreichend Möglichkeiten, den Biodiversitäts- und Umweltschutz umzusetzen. Landwirtinnen und Landwirte arbeiten tagtäglich direkt mit der Natur zusammen und sind bereit, ihren Beitrag zum Umweltschutz zu leisten. Kooperativ und in einer Weise, die die Betriebe nachhaltig bestehen lässt. Bereits jetzt werden Agrarumweltprogramme und Vertragsnaturschutz erfolgreich umgesetzt. Der Ansatz der Kommission, mithilfe von ordnungsrechtlichen Maßnahmen Flächen aus der Produktion zu nehmen, ist der falsche Weg. Er würde zu hohen administrativen Hürden und entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Betriebe führen. Statt Landnutzung gegen Biodiversität auszuspielen, können durch produktionsintegrierten Naturschutz die Herausforderungen der Ernährungssicherung und des Umweltschutzes gemeinsam angegangen werden.